

Freie Träger in der Arbeitsgemeinschaft §78 SGB VIII

Kinder- und Jugendarbeit

c/o. Internationaler Bund (IB) IB Südwest gGmbH

Positionspapier zu Hilfsangeboten für Geflüchtete

Der Krieg in der Ukraine hat zu einer neuen Rechtsgrundlage geführt, die Geflüchteten unterschiedliche Ansprüche zuweist und somit eine ungleiche soziale und ökonomische Teilhabe hervorruft. Hier zeigen sich sehr deutlich einige Missstände. Nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch für die Fachkräfte im direkten Kontakt, wird deutlich, dass es eine Ungleichbehandlung zwischen Geflüchteten welche weiß und europäisch geprägt sind, gegenüber nicht weißen Geflüchteten aus bspw. Syrien, Afghanistan oder auch ostafrikanischen Staaten, gibt.

Aufgrund dieser Situation sehen sich die freien Träger der AG §78 SGB VIII Kinder- und Jugendarbeit in der Verantwortung, auf neu aufgekommene Missstände hinzuweisen:

Kinder und Jugendliche aus der Ukraine werden durch die Bundesgesetzgebung rechtlich und strukturell privilegiert. Dies zeigt sich bspw. im direkten Zugang zum SGB II. Demgegenüber besteht der weiterhin erschwerte Zugang zu Hilfsmaßnahmen von nicht-ukrainischen Geflüchteten nach Paragraph 24 Aufenthaltsgesetz. Die hieraus entstehende Situation der Ungleichbehandlung erfahren Kinder und Jugendliche permanent in Alltagssituationen. Dass dies eine sehr starke zusätzliche Belastung für Kinder und Jugendliche mit anderen Fluchthintergründen darstellt, wird uns aus den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zurückgemeldet. Betroffene Kinder und Jugendliche erleben zurzeit eine zusätzliche Zurücksetzung in unserer Gesellschaft und eine neuerliche Ungerechtigkeitserfahrung.

Dies zeigt sich beim Zugang zu Sprachkursen, Hilfsangeboten bei (Re-)Traumatisierungen sowie in einem direkten und unbürokratischeren Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt und zum Gesundheitswesen. Die Situation, dass bei nicht-ukrainischen Geflüchteten weiterhin Einzelentscheidungen im Asylverfahren über diesen Zugang entscheiden, führt dazu, dass viele Geflüchtete, die schon lange in Deutschland sind, auch noch nach mehreren Jahren in Großunterkünften leben, nicht studieren dürfen oder keine Arbeitserlaubnis haben. Für alle nicht aus der Ukraine stammenden Geflüchteten ist spürbar: weiße ukrainische Geflüchtete werden bevorzugt behandelt.

Dieser Missstand und die Klassifizierung von Geflüchteten gefährden nicht nur den sozialen Frieden, sondern sie bergen auch die Gefahr noch weiterer rassistischer Ressentiments gegenüber nicht weißen Geflüchteten.

Daher fordern wir:

- Eine faire und angemessene Migrationspolitik für alle Geflüchteten. Das beinhaltet auch eine rechtliche Gleichstellung. Jeder Mensch muss das Recht haben, die gleiche Hilfe zu erhalten – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität.
- Dem zunehmenden Rassismus und Konkurrenzkampf von Menschen auf der Flucht muss von der Politik und der Stadtgesellschaft aktiv etwas entgegengesetzt und mit entsprechenden Maßnahmen verhindert werden.
- Für den massiven Bedarf an persönlicher, ggf. auch therapeutischer, Begleitung von Kindern und Jugendlichen nach der traumatischen Erfahrung einer Flucht müssen zusätzliche finanzielle Mittel und Hilfsangebote bereitgestellt werden.
- Wir brauchen Ankommenstrukturen für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen, die ihnen einen bestmöglichen Start in Deutschland ermöglichen.